

Politik : Abstimmung vom Februar : Waffeninitiative

Autor(en): **Lenzin, René**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **38 (2011)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-909581>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Abstimmung vom Februar: Waffeninitiative

Keine Chance für die Steuerinitiative

Überraschend deutlich haben die Stimmberechtigten eine Volksinitiative der Sozialdemokraten (SP) für Einschränkungen beim Steuerwettbewerb verworfen. Die SP wollte den Kantonen Mindeststeuersätze für steuerbare Einkommen ab 250 000 Franken und steuerbare Vermögen ab zwei Millionen Franken vorschreiben. Doch 58,5 Prozent der Stimmenden und 22 der 26 Kantone haben das Begehren abgelehnt. Am deutlichsten war das Nein in den ländlichen Regionen der Zentral- und Ostschweiz, welche die Steuern bei einem Ja zur Initiative hätten anpassen müssen.

In Nidwalden, Obwalden und Zug lag die Ablehnung bei 80 Prozent, in Schwyz fast so hoch. Mit Ausnahme von Basel-Stadt haben aber auch alle andern Deutschschweizer Kantone die Initiative verworfen. Nein sagten ausserdem das Tessin und die drei Westschweizer Kantone Freiburg, Waadt und Wallis. Zugestimmt haben hingegen nebst Basel-Stadt noch Genf, Jura und Neuenburg.

Am 13. Februar befinden Volk und Stände über die Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt». Sie fordert die Aufbewahrung der Armeewaffen im Zeughaus und ein nationales Waffenregister. Zudem verlangt sie einen Bedarfs- und Fähigkeitsnachweis für den Erwerb und die Benutzung von Waffen. Gemäss Initianten sterben in der Schweiz jedes Jahr rund 300 Menschen durch Armeewaffen. Wenn diese nicht so leicht verfügbar wären, liessen sich tödliche Kurzschlusshandlungen vermeiden. Zudem brauche es bessere Kontrollen für die 2,3 Millionen Waffen, die in Privathaushalten lagerten. Für die Initiative sprechen sich die links-grünen Parteien aus. Bundesrat und bürgerliche Parteien lehnen sie hingegen ab. Es seien bereits genug Massnahmen zum Schutz vor Waffengewalt ergriffen worden, argumentieren sie. So könne die Waffe freiwillig im Zeughaus deponiert werden. Die Waffe zu Hause aufzubewahren, entspreche der Schweizer Wehrtradition und sei Ausdruck des Vertrauens des Staates in den Bürger. RL

Denkzettel für Calmy-Rey

Micheline Calmy-Rey ist Bundespräsidentin – mit dem schlechtesten Wahlergebnis seit Einführung der Proporzwahl.
Von René Lenzin

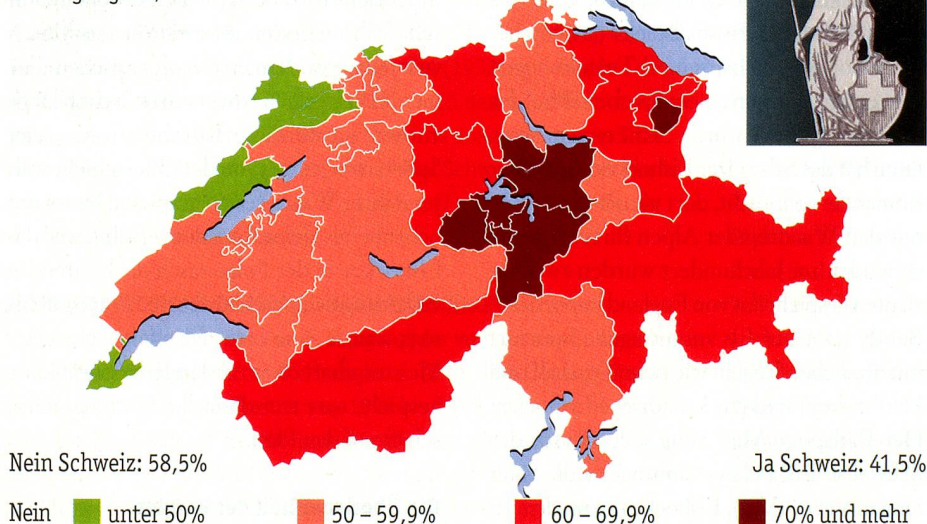
Die Gesamterneuerung der Landesregierung und die Wahl ins Bundespräsidium werden vom Parlament immer wieder für parteipolitische oder auch persönliche Abrechnungen und Denkzettel benutzt. So schlimm wie Micheline Calmy-Rey hat es aber noch kein Mitglied des Bundesrats erwischt. Mit nur gerade 106 von 246 möglichen Stimmen hat sie die Vereinigte Bundesversammlung zur Bundespräsidentin für das laufende Jahr gewählt. Nur dank zahlreichen Absenzen sowie ungültigen oder leeren Stimmzetteln blieb ihr die Schmach eines zweiten Wahlgangs erspart. Es handelt sich um das schlechteste Ergebnis seit Einführung des Proporzwahlrechts im Jahre 1919.

Die 65-jährige Genfer Sozialdemokratin wurde wohl primär für das Verhalten des Bundesrats in der Affäre um die beiden Schweizer Geiseln in Libyen abgestraft. Nach dem inzwischen zurückgetretenen Hans-Rudolf Merz galt die Aussenministerin als zweite Hauptverantwortliche einer unkoordinierten und unkollegialen Regierungspolitik in dieser Angelegenheit. Vor allem bürgerliche Politiker werfen ihr ausserdem Sololäufe und Indiskretionen auch in anderen Fragen vor. Calmy-Rey selber nahm das Ergebnis gelassen auf und sprach von einem «politischen Spiel, das keine Bedeutung hat». Nach 2007 absolviert sie ihr zweites Bundespräsidium. Allgemein wird erwartet, dass sie Ende Jahr zurücktritt.

Zur Vizepräsidentin hat das Parlament Eveline Widmer-Schlumpf erkoren. Deren Wiederwahl in den Bundesrat in einem Jahr gilt allerdings als unsicher.

Eidg. Abstimmung – Steuergerechtigkeits-Initiative

Beteiligung: 50,9%



Quelle: Bundeskanzlei, sda

SDA